

I. Anmeldung

TOP:

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit

Sitzungsdatum 21.09.2016

öffentlich

Betreff:

Umsetzung des Anerkennungsgesetzes in Nürnberg
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.03.2015

Anlagen:

- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.03.2015
- Bericht zur Umsetzung des Anerkennungsgesetzes in Nürnberg
- Auszug aus dem Bayerischen Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen (Art. 14)

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Das Anerkennungsgesetz leistet einen Beitrag zur Arbeitsmarktintegration, Fachkräftesicherung und Willkommenskultur in Nürnberg.

Die Stadtratsfraktion der SPD hat die Verwaltung im Antrag vom 17. März 2015 gebeten, die Zuständigen von IHK, FOSA, Handwerkskammer und ZAQ in den RWA einzuladen, um über die Situation bei den Anerkennungsverfahren zu berichten.

Der Bericht beschreibt, wie mit der Umsetzung des Anerkennungsgesetzes umgegangen wird und welche Herausforderungen hier bestehen.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- ☒ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten**

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€ davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€ davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- ☒ Nein (→ weiter bei 3.)

- ☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- ☐ Ja
☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- ☐ Nein
☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Verbesserung der beruflichen Situation benachteiligter Personengruppen

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- ☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
☒ **KuF z.Kt.**
☐
☐

II. Herrn OBM

III. Referat IV

Nürnberg,
Kulturreferat

(3214)